

Kai Stefan Danelzik

**Die Gerichtsstandvereinbarung
zwischen ZPO, EuGVVO
und HGÜ**



Nomos

Nomos Universitätsschriften

Recht

Band 960

Kai Stefan Danelzik

Die Gerichtsstandvereinbarung zwischen ZPO, EuGVVO und HGÜ



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bremen, Univ., Diss., 2018

ISBN 978-3-8487-5872-2 (Print)

ISBN 978-3-7489-0005-4 (ePDF)

1. Auflage 2019

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2019. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meinen Eltern und Pateneltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Handelsrecht der Universität Bremen. Sie wurde vom Promotionsausschuss des Fachbereichs Rechtswissenschaften der Universität Bremen im Wintersemester 2018/2019 als Dissertation angenommen. Literatur und Rechtsprechung konnten bis Juli 2019 berücksichtigt werden.

Für mich war die Erstellung dieser Arbeit eine Herausforderung und persönliche Bereicherung zugleich. Den zahlreichen Personen, die mich in vielfältiger Art und Weise unterstützt haben, sowie den Weggefährten, die mich während der Promotionszeit begleitet und mir Rückhalt gegeben haben, möchte ich an dieser Stelle ganz herzlich danken.

Mein besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Graf-Peter Calliess, für seine hervorragende Unterstützung und sein persönliches Engagement bei der Betreuung dieser Arbeit. Durch seine konstruktiven Anmerkungen und Hinweise bei der Betreuung sowie seine unermüdliche Diskussionsbereitschaft hat er entscheidend zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen. Nicht zuletzt habe ich es meinem Doktorvater durch das in mich gesetzte Vertrauen zu verdanken, dass ich meine Zeit an der Universität Bremen nicht nur mit dem teilweise herausfordernden Anfertigen einer juristischen Dissertation verbinde, sondern vor allem mit tollen und persönlich sehr bereichernden Erfahrungen in der Lehre und im Umgang mit den Studenten.

Mein ganz besonderer Dank gilt meinen Eltern, Dr. Wilhelm und Annette Danelzik, deren kleinster Beitrag für den Erfolg dieses Projekts das sorgfältige Korrekturlesen dieser Arbeit war. Ich nutze dieses Vorwort als Gelegenheit, meinen Eltern von Herzen zu danken, dass sie mich mein ganzes Leben bedingungslos unterstützt und gefördert haben. Meine Eltern waren immer für mich da, wie Menschen nur für einen anderen Menschen da sein können. Dafür kann ich mich nicht genug bedanken.

Mein größter Dank gilt an dieser Stelle meinen Pateneltern, Dr. Herbert und Helga Müffelmann. Ihre uneingeschränkte Förderung meines Promotionsvorhabens und ihre liebevolle Unterstützung hat die Anfertigung der vorliegenden Arbeit erst ermöglicht. Es macht mich stolz und glücklich, wie viel ich von zwei derart belesenen Menschen in den Jahren über das Leben lernen durfte. Viel wichtiger als der mit der Fertigstellung dieser Ar-

Vorwort

beit verbundene Dokortitel ist für mich, dass ich drei Jahre meines Lebens in Bremen in der Nähe meiner so geschätzten Pateneltern verbringen konnte. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Düsseldorf, den 1. Oktober 2019

Kai Stefan Danelzik

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	15
§ 2 Gerichtsstandsvereinbarungen in Deutschland	18
A. Zum geschichtlichen Hintergrund	18
I. Prorogation im Römischen Recht und deren Entwicklung bis zum Deutschen Reich	18
II. Die Reichscivilprozessordnung von 1877 (CPO)	22
1 Entstehung	22
2 Vorschriften in Bezug auf Gerichtsstandsvereinbarungen	22
a) Wesentlicher Regelungsinhalt der §§ 38-40 CPO	23
b) Die Zuständigkeitsvereinbarung gemäß § 38 CPO	24
aa) Tatbestand	24
bb) Persönlicher Anwendungsbereich und Form	26
c) Die stillschweigende Vereinbarung gemäß § 39 CPO	27
d) Grenzen von Gerichtsstandsvereinbarungen gemäß § 40 CPO	28
III. Weitere geschichtliche Entwicklung bis zur Zivilprozessreform 1974	29
IV. Die Gerichtsstandsnovelle von 1974	32
B. Das Regelungsregime der §§ 38-40 ZPO	34
I. Gegenstand einer Gerichtsstandsvereinbarung	35
II. Rechtsnatur und anwendbares Recht	37
1. Rechtsnatur von Gerichtsstandsvereinbarungen	37
2. Anwendbares Recht	39
III. § 38 Abs. 1 ZPO – Prorogation unter Kaufleuten	40
1. Persönlicher Anwendungsbereich – Beschränkung auf Kaufleute	41
2. Verhältnis von § 38 Abs. 1 zu Abs. 2 und 3 ZPO	44
3. Verhältnis zu Art. 25 der Verordnung Nr. 1215/2012 (EuGVVO)	45
IV. § 38 Abs. 2 ZPO – Internationale Gerichtsstandsvereinbarungen	45
1. Persönlicher Anwendungsbereich und maßgeblicher Zeitpunkt	46

Inhaltsverzeichnis

2. Form	47
3. Beschränkung der Wahlfreiheit	48
V. § 38 Abs. 3 ZPO – Gerichtsstandsvereinbarungen unter Nichtkaufleuten	49
VI. § 39 ZPO – Zuständigkeit infolge rügeloser Verhandlung	51
VII. § 40 ZPO – Unwirksame und unzulässige Gerichtsstandsvereinbarungen	53
VIII. Zusammenfassung und Stellungnahme	55
§ 3 Gerichtsstandsvereinbarungen in der Europäischen Union	59
A. Die geschichtliche Entwicklung der Gerichtsstandsvereinbarungen in der EU	59
I. Das Brüsseler Übereinkommen vom 27. September 1968 (EuGVÜ)	59
1. Entstehungsgeschichte	59
2. Notwendigkeit einer europaweiten Regelung	61
3. Vorschriften über die allgemeine Zuständigkeit und Gerichtsstandsvereinbarungen	63
a) Kernaussagen zur allgemeinen Zuständigkeit nach dem EuGVÜ	63
b) Art. 17 EuGVÜ – Vereinbarung über die Zuständigkeit	65
II. Das Luganer Übereinkommen vom 16. September 1988 (LugÜ a.F.)	67
III. Die Verordnung (EG) Nr. 44/2001 vom 22. Dezember 2000 (EuGVVO a.F.)	68
1. Entstehungsgeschichte	68
2. Ausgangslage vor Erlass und Inkrafttreten der Verordnung	69
3. Vorschriften über die allgemeine Zuständigkeit und Gerichtsstandsvereinbarungen	70
B. Die Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 vom 12. Dezember 2012 (EuGVVO)	71
I. Entstehungsgeschichte	71
II. Rechtsgrundlage und Geltungsbereich	73
III. Allgemeine Regeln über die internationale Zuständigkeit unter der EuGVVO	74
1. Grundsätze	74

2. Erstreckung der Zuständigkeitsregeln auf drittstaatsangehörige Beklagte?	75
3. Vorschlag der Kommission	78
4. Stellungnahme	79
IV. Das neue Recht der Gerichtsstandsvereinbarung unter der EuGVVO	82
1. Der Tatbestand des Art. 25 EuGVVO	83
a) Verzicht auf den (Wohn-)Sitz einer Partei in einem Mitgliedsstaat der EU	84
b) Keine materielle Nichtigkeit gemäß Art. 25 Abs. 1 S. 1	
2. HS EuGVVO	86
aa) Beurteilung der materiellen Wirksamkeit nach der EuGVVO a.F.	87
(1) Zulässigkeit und Zustandekommen	88
(2) Sonstige materielle Fragestellungen	90
(a) Maßgeblichkeit des Kollisionsrechts am Ort des angerufenen Gerichts	91
(aa) Art und Weise der Anknüpfung des Prorogationsstatuts	91
(bb) Stellungnahme	96
(b) Maßgeblichkeit der lex fori	100
(c) Zusammenfassung	101
bb) Beurteilung der materiellen Nichtigkeit unter der EuGVVO	102
(1) Reichweite der neuen IPR-Verweisung	103
(a) Begriff der „materiellen Nichtigkeit“ in Art. 25 EuGVVO	105
(b) Rechtsgrundlage(n) für die Beurteilung der materiellen Nichtigkeit	108
(2) Zusammenfassung	112
(3) Stellungnahme	114
2. Wirkungen von Gerichtsstandsvereinbarungen	118
a) Rechtslage unter der EuGVVO a.F.	119
b) Rechtslage unter der EuGVVO	123
aa) Beginn und Verlauf des Reformprozesses	123
bb) Die Neuregelung in der EuGVVO	124
(1) Die Regelungen der Artt. 29-34 EuGVVO	124
(aa) Ausschließlichkeit der Vereinbarung	125

Inhaltsverzeichnis

(bb) Klageerhebung beim „vermeintlich“ prorogierten Gericht	126
(2) Zur Prüfungskompetenz des Erstgerichts	128
(3) Konkretisierung einer Prüfungspflicht des Erstgerichts	132
(4) Zusammenfassung	133
3. Maßgeblicher Zeitpunkt	136
a) Zeitpunkt des Vertragsschlusses maßgeblich	137
b) Zeitpunkt der Klageerhebung maßgeblich	138
c) Stellungnahme	138
§ 4 Das Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen	142
A. Entstehungsgeschichte und gegenwärtiger Status	142
B. Anwendbarkeitsvoraussetzungen	144
C. Regelungen in Bezug auf Gerichtsstandsvereinbarungen	147
I. Materielle und formelle Anforderungen an eine Gerichtsstandsvereinbarung (Art. 3 HGÜ)	147
II. Pflichten des vereinbarten Gerichts (Art. 5 HGÜ)	151
III. Pflichten des nicht vereinbarten Gerichts (Art. 6 HGÜ)	154
IV. Verhältnis des HGÜ zu anderen nationalen und internationalen Regelwerken	157
1. Allgemeine Grundsätze	157
2. Verhältnis zur EuGVVO	158
a) Kollisionen im Bereich der Vorschriften über die Rechtshängigkeit	160
b) Sonstige Kollisionsfälle	164
3. Verhältnis zum Lugano-Übereinkommen (LugÜ)	165
4. Das Verhältnis zu §§ 38-40 ZPO	166
§ 5 Abgrenzung von ZPO, EuGVVO und HGÜ	167
A. Gerichtsstandsvereinbarungen zwischen Parteien aus Deutschland und der EU.	168
I. Prorogation der Gerichte in Deutschland	168
II. Prorogation der Gerichte in einem Mitgliedsstaat der EU	170
III. Prorogation der Gerichte in einem Drittstaat	171
1. Prorogationsaspekt	171

2. Derogationsaspekt	172
a) Meinungsstand	174
aa) Anwendung der nationalen Zivilprozessordnungen	174
bb) Anwendung von Art. 25 EuGVVO	175
b) Stellungnahme	177
c) Exkurs: Zukünftiger Einfluss des HGÜ	182
d) Zusammenfassung	183
B. Gerichtsstandsvereinbarungen zwischen Parteien aus Deutschland	184
I. Prorogation der Gerichte in Deutschland	184
1. Erforderlichkeit eines „internationalen Bezugs“ der Streitigkeit	185
2. Teleologische Reduktion von Art. 25 EuGVVO bei fehlendem „internationalen Be-zug“?	190
3. Konkretisierung des „internationalen Bezugs“	195
a) Meinungsstand	195
aa) Rechtsprechung des EuGH	195
bb) Lösungsansätze in der Literatur	197
b) Stellungnahme	198
4. Zusammenfassung	202
II. Prorogation der Gerichte in einem Mitgliedsstaat der EU	203
1. Meinungsstand	204
a) Anwendung der nationalen Zivilprozessordnungen	204
b) Anwendung von Art. 25 EuGVVO	206
2. Stellungnahme	207
3. Zusammenfassung	211
III. Prorogation der Gerichte in einem Drittstaat	212
1. Prorogationsaspekt	212
2. Derogationsaspekt	213
C. Gerichtsstandsvereinbarungen zwischen Parteien aus Deutschland und einem Drittstaat	215
I. Prorogation der Gerichte in Deutschland	215
1. Prorogationsaspekt	216
a) Bezug zu mehr als einem Mitgliedsstaat erforderlich?	216
b) Stellungnahme	217
2. Zukünftiger Einfluss des HGÜ	219
II. Prorogation der Gerichte in einem Mitgliedsstaat der EU	220
III. Prorogation der Gerichte in einem Drittstaat	221

Inhaltsverzeichnis

D. Gerichtsstandsvereinbarungen zwischen zwei Parteien aus Drittstaaten	222
1. Rechtslage unter der EuGVVO a.F.	222
2. Rechtslage unter der EuGVVO	223
3. Zukünftiger Einfluss des HGÜ	224
E. Zusammenfassung	224
1. Prorogation der Gerichte in Deutschland	225
2. Prorogation der Gerichte in einem Mitgliedstaat der EU	226
3. Prorogation der Gerichte in einem Drittstaat	227
§ 6 Reformbedarf und Reformperspektiven im deutschen Recht	228
A. Reformbedarf	228
I. Zusammenfassung der deutschen und europäischen Geschichte von 1968 bis heute	228
II. Zurückdrängung der §§ 38-40 ZPO im Kontext der fortschreitenden Europäisierung	230
III. Verbleibender Anwendungsbereich der §§ 38-40 ZPO	231
1. § 38 Abs. 3 ZPO	232
a) § 38 Abs. 3 ZPO im Zusammenspiel mit der EuGVVO	232
b) Eigenständige Bedeutung von § 38 Abs. Nr. 3 ZPO?	233
2. § 38 Abs. 2 ZPO	234
3. § 38 Abs. 1 ZPO	235
a) Anwendbarkeit von §§ 38-40 ZPO nur noch im „reinen Inlandsfall“	235
b) Veraltetes Schutzkonzept der §§ 38-40 ZPO	238
4. § 39 ZPO	240
5. § 40 ZPO	241
6. Ergebnis	241
B. Reformperspektive	241
§ 7 Zusammenfassung in Thesen	244
Literaturverzeichnis	247